Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 3

Artikel: Der Vietnamkrieg und die Intellektuellen
Autor: Hilty, H.R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337920

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Zwei Lösungsmöglichkeiten für das geschichtliche Grundproblem unserer Bewegung bieten sich an. Die eine Lösung ist die schon erwähnte Anpassung an den gesellschaftlichen Integrationsprozess und die Preisgabe des Sozialismus; die zweite Lösung ist die Teilnahme am Integrationsprozess und die bewusste Einbeziehung dieser Tätigkeit in das geschichtliche Ringen um den Sozialismus. Die Voraussetzung für diese sozialistische Lösung ist nicht eine andere Politik, sondern eine andere, eine wirklich sozialistische Bewusstseinshaltung und erst von ihr ausgehend die Ausarbeitung eines neuen politischen Konzepts des demokratischen Sozialismus.»

Der Parteitag der SPOe hat wieder einmal deutlich gezeigt, welche Bedeutung Presse und Propaganda heute haben, und dass es nicht gleichgültig ist, die Instrumente dazu dem Gegner zu überlassen.

Dr. H. R. Hilty

Der Vietnamkrieg und die Intellektuellen

Ansprache, gehalten anlässlich der Kundgebung gegen den Krieg in Vietnam, am 4. Februar 1967 im Volkshaus Zürich.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Als im November 1965 eine Erklärung gegen den Krieg in Vietnam erstmals auch schweizerische Unterschriften trug, waren es die Unterschriften des Schriftstellers Max Frisch und des Architekten Max Bill. Es folgten Anfang 1966 die Erklärung des «Komitees zur Information über den Vietnamkrieg» und die sogenannte «Erklärung der 51». Bei den Unterzeichnern dieser Erklärungen standen einer Minderzahl von Politikern — darunter allerdings und erfreulicherweise die Zürcher Nationalräte Arnold, Lang und Schütz und der Zürcher Kantonsrat Rosenbusch — eine Mehrzahl von Schriftstellern und Publizisten, Künstlern, Geistlichen und Wissenschaftern gegenüber. Ähnlich war es in der Bundesrepublik Deutschland, ähnlich in den Vereinigten Staaten selber, wo vor allem von den Universitäten, von unabhängigen Publizisten und von den «Eg Heads», den «Eierköpfen» unter den Politikern Kritik an der Kriegführung in Vietnam angemeldet wurde.

Ich habe die Ehre, an dieser Stelle und bei diesem Anlass, der von Vertretern unserer jungen Generation mit bestem Willen und mit ermutigendem Elan vorbereitet worden ist, im Namen der in der Frage des Vietnamkrieges engagierten Intellektuellen zu sprechen. Wenn ich das tue, muss ich mir die Frage stellen: Wie kommen wir dazu, den Mächtigen dieser Welt am Zeug zu flicken?

Es gibt auf diese Frage Antworten allgemeiner Art, etwa: auch der Intellektuelle sei Staatsbürger und als solcher für das politische Geschehen mitverantwortlich; oder: auch der Intellektuelle sei schliesslich mit be-

droht, falls sich die Welt in einen atomaren Selbstmord stürze, und deshalb berechtigt, zu warnen.

Es gibt überdies ein paar ganz spezifische Antworten.

Ich habe vorhin von den Intellektuellen in unserm Land, in der deutschen Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten gesprochen. Zwar sind auch in Frankreich, Grossbritannien und Italien — um hier nur von den «westlichen» Ländern zu sprechen — Intellektuelle unter den streitbarsten Kritikern der amerikanischen Vietnampolitik. Ich erinnere an Sartre und Russell. Ich erinnere an die Friedensbemühungen des Papstes. Aber wir müssen ehrlicherweise zugeben, dass in diesen Ländern auch unter Politikern das Unbehagen an der amerikanischen Führung und der Wille zur Vermittlung deutlich zu Wort kommen. Selbst General de Gaulle denkt nicht viel anders als Sartre über Johnsons Krieg; nur hat er auf seine Art darauf reagiert, als Politiker: mit der Desintegration der NATO.

Und dieser Seitenblick erlaubt vielleicht den Schluss, dass bei uns oder in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten selber nur deshalb die Intellektuellen so einseitig den grössten Teil der Last der Anklage gegen eine den Weltfrieden bedrohende Kriegführung tragen, weil die andern Kräfte in diesen Ländern — im Gegensatz etwa zu Frankreich — aus wirtschaftlichen Interessen lieber schweigen. Die wirtschaftlichen Interessen brauchen nicht direkt Aktien bei amerikanischen Rüstungsfirmen zu sein oder die Befriedigung darüber, dass Vietnam heute aus dem Reismarkt ausgeschaltet ist. In einer Zeit weltwirtschaftlicher Verflochtenheit können sich die wirtschaftlichen Interessen in Überlegungen vertrackterer Art ausdrücken, etwa: wäre die amerikanische Industrie nicht so stark in die Rüstung eingespannt, würde sie auf andern Gebieten zu einer schärfern Konkurrenz für die europäische Industrie; oder: stände nicht beinah eine halbe Million junger Amerikaner in Südostasien unter den Waffen, müsste die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten zunehmen und das schlösse die Gefahr einer Wirtschaftskrise in sich, die auch Europa mit betreffen könnte.

Gegenüber solchen egoistischen und kurzsichtigen Überlegungen aus wirtschaftlichem Interesse ist das Engagement des Intellektuellen das genaue Gegenteil. Es mag sich im Ganzen an utopischen Leitbildern einer friedlichen und freiheitlichen Weltordnung orientieren, im konkreten historischen Einzelfall aber bedeutet das Engagement der Intellektuellen je und je eine Unterstützung jener Politiker und auch jener Volkswirtschafter, die ohne vordergründige und kurzfristige Interessen, ja vielleicht entgegen solchen Interessen, auf weitere Sicht die Verbesserung, Vermenschlichung der Ordnungen unserer Welt im Auge haben.

Der engagierte Intellektuelle will nicht im luftleeren Raum schönen gedanklichen Planspielen nachhängen, will nicht eine Politik auf eigene Faust — und ohne «Procura» — betreiben. Aber er möchte, dass zum Beispiel den Bemühungen des UNO-Generalsekretärs U Thant die nötige Be-

achtung und Nachachtung zuteil wird, weil sich in seinen Vorstellungen ein politisches Denken jenseits vordergründiger partikularer Interessen manifestiert. Er möchte, es würde endlich der volkswirtschaftlichen Binsenwahrheit nachgelebt, dass nichts auf der Welt volkswirtschaftlich unproduktiver ist als Krieg und dass es sich deshalb auf die Dauer niemals bezahlt macht, vor momentanen Strukturkrisen einer nationalen Wirtschaft in die Kriegsproduktion zu flüchten; Inflation und Krise werden später nur um so härter treffen.

Der Typus des engagierten Intellektuellen ist ein Kind der Aufklärung und ein Verfechter jeder Art von Aufklärung. Es bedrückt ihn deshalb besonders, mitansehen zu müssen, wie Staaten, die aus dem Geist der Aufklärung die Grundlagen ihrer politischen Ordnung geschöpft haben, diesen Grundlagen zuwiderhandeln, wie Frankreich gegenüber der algerischen Befreiungsbewegung, wie die Vereinigten Staaten gegenüber dem Volk von Vietnam. Er stand immer auf der Seite derer, die die Grundrechte der menschlichen und staatlichen Selbstbestimmung, wie sie einst in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika und in der Französischen Revolution ausgesprochen wurden, verteidigen: gegenüber jeder Art von imperialistischem Machtdenken, jeder Art von Fremdherrschaft, jeder Art von Polizei- und Obrigkeitsstaat. So haben die engagierten Intellektuellen auf der Seite der spanischen Republikaner und auf der Seite der um ihre Unabhängigkeit ringenden Algerier gestanden. Sie wirkten in der französischen und italienischen Résistance. So rufen sie heute nach Frieden und Selbstbestimmung für das Volk von Vietnam, gemäss dem Wort Albert Camus': «Wir Schriftsteller des 20. Jahrhunderts müssen wissen, dass unsere einzige Rechtfertigung, wenn es eine gibt, darin besteht, nach bestem Können für die zu sprechen, die es nicht vermögen.»

Der engagierte Intellektuelle stand in diesen zweihundert Jahren, seit der Geist der Aufklärung politisch zu wirken begann — und oft schon vorher, in der naturrechtlich begründeten Freiheitsbewegung der italienischen Städte im Spätmittelalter, von der aus auch Impulse zur Gründung der Eidgenossenschaft kamen, oder in den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts — immer wieder auf der Seite derer, die für persönliche und staatliche Selbstbestimmung kämpften und vielleicht ihr Wollen nicht auszusprechen vermochten. Niemals sah der engagierte Intellektuelle seinen Widerpart im Nicht-Intellektuellen, etwa im Arbeiter oder Bauern, sondern im Bildungsbourgeois, dem schöne Gefühle von nationaler Ehre, ständischer oder rassischer Überlegenheit und privatem Prestige wichtiger waren als Aufklärung, und der allzu oft mit diesen schönen Gefühlen nackte ausbeuterische Interessen kaschierte. Wenn es immer wieder zu einer gemeinsamen Front der engagierten Intellektuellen und der Arbeiter kam, so darum, weil beide ihre Freiheit und den Weg zu Frieden und Gerechtigkeit bedroht sahen durch das gleiche bourgeoise Milieu, das — abgeschirmt durch romantische Innerlichkeit, nationale Mystik und den Fe-

tisch des Privateigentums — das Geschäft der skrupellosen Ausbeutung und Ausrottung betrieb, heisse die konkrete Form dann Nationalismus, Imperialismus, Kolonialismus, Faschismus, Antisemitismus, Fremdenhass, Antikommunismus oder «Moralische Aufrüstung», diese neueste Form der Gegen-Aufklärung.

Es mag für gewisse Leute erhebend sein, den Fall-Out atomarer, biologischer und chemischer Kriegführung durch den Sing-out einer verführten Jugend zu begleiten. Für den, der historisch denkt, ist es dagegen ein Zeichen der Ermutigung, zu sehen, wie im politischen Bewusstsein Frankreichs — trotz bonapartistischer, imperialistischer, kolonialistischer Zwischenspiele, ja trotz bonapartistischer Allüren der gegenwärtigen Staatsführung — die Russische Oktoberrevolution als ein Kind der Französischen Revolution und selbst die Roten Garden im heutigen China als geistige Nachfolger der Jakobiner erkannt werden. Eine solche historische Sicht — mit den Lehren, die sich daraus ergeben — führt eher zu einer sachgerechten und praktikablen Politik, zum Beispiel Südostasien gegenüber, als jene pseudomoralische, historisch durch nichts zu rechtfertigende Gleichsetzung von Kapitalismus mit Freiheit und Kommunismus mit Unfreiheit, die in den letzten zwanzig Jahren die Triebfeder des Kalten Krieges und immer wieder die Ausrede für neokolonialistische Aktionen war — von beiden Seiten, aber in Südostasien doch viel massiver von Seiten der sogenannten Freien Welt.

Das Widerspiel von Freiheit und Unterdrückung gibt es heute sowohl in nichtkommunistischen wie in kommunistischen Staaten, und es nimmt hier wie dort allzu oft tragische Formen an. Es würde sich aber lohnen, einmal bei der Beobachtung zu verweilen, dass für den Marxisten der Übergang vom Sozialismus zum eigentlichen Kommunismus genau dasselbe beinhaltet, was man im Westen Demokratisierung und Liberalisierung nennt: nämlich ein grösseres Mass an persönlicher Freiheit, im Rahmen einer Brüderlichkeit, die zu einem Zeitpunkt, da die alten (feudalistischen und kapitalistischen) Vorrechte nicht mehr virulent sind, an die Stelle blosser Gerechtigkeit treten kann. Das mag — angesichts mancher, heute noch praktizierter Methoden der Machtausübung — utopisch klingen. Aber dieser utopische Horizont schliesst die Hoffnung in sich, dass sich der Wunsch der Menschen nach Freiheit und Frieden auf der ganzen Welt — sagen wir einmal: — koordinieren lassen müsste. Und zum mindesten liesse sich daraus die Lehre ziehen, dass wir den dekolonialisierten Völkern die Chance, ihre eigene Freiheit zu finden, nur dadurch geben können, dass wir jeder Form von kolonialer Machtpolitik endgültig absagen.

Genau in diesem Sinne hatte Johnson 1961, als er als Vizepräsident im Auftrag Kennedys Südostasien bereiste, seinem Chef im Weissen Haus berichtet: «Das Eingreifen amerikanischer Kampftruppen ist nicht nur nicht erforderlich, es ist auch nicht wünschenswert. Möglicherweise verstehen die Amerikaner nicht ganz den subtilen Punkt, dass Völker, die bis vor

kurzem unter Kolonialherrschaft standen, nicht viel übrig haben für Regierungen, die eine so baldige Rückkehr westlicher Truppen erbitten oder hinnehmen.» Und als das Regime Diem nicht aufhörte, amerikanische Truppenhilfe zu fordern, sagte Kennedy: «Sie wollen ein amerikanisches Truppenkontingent. Sie sagen, es sei nötig, um die Moral wiederherzustellen. Aber es würde genau so gehen wie in Berlin. Die Truppen marschieren ein, die Kapellen spielen, die Menge jubelt — und vier Tage später ist alles vergessen. Dann heisst es, wir müssen mehr Truppen schicken. Es ist wie beim Trinken: Die Wirkung des ersten Glases lässt bald nach, und man braucht noch ein Glas.» Noch in der Wahlkampagne von 1964 hat es Johnson — entgegen seinem Rivalen Goldwater — strikte abgelehnt, den Vietnamkrieg auszuweiten, zum Beispiel durch Bombardierungen auf Nordvietnam.

Hier stehen wir vor einem der beklemmendsten Aspekte des Vietnamproblems. Vor wenigen Jahren noch konnten gerade die engagierten Intellektuellen mit Hoffnung auf die Vereinigten Staaten blicken. Da war mit John F. Kennedy ein Mann Präsident geworden, der in mancher Hinsicht einer von ihnen war. Die Vereinigten Staaten unter Kennedy schienen ein Motor der Entspannung. Mit Entschiedenheit meisterte Kennedy schon 1961 die Laos-Krise; er führte sie zum einzigen vernünftigen und praktikablen Schluss: zu einem neutralen Laos. Nachdem die Schweinebuchtepisode ihm die Unzuverlässigkeit und Überheblichkeit militärischer und geheimdienstlicher Berater in bezug auf Kuba entlarvt hatte, meisterte er auch die kubanische Raketenkrise von 1962 mit klarer, keine Schwäche zeigender und doch eindeutig auf Entspannung zielender Bestimmtheit. Für Vietnam zeigte sich die Fehleinschätzung der Militärs erst mit dem Sturze Diems. Und erst jetzt, nach diesem erneuten «Schweinebucht-Effekt», nahm das Problem Vietnam Kennedy persönlich voll in Anspruch; er wollte es nun nicht mehr den Militärs überlassen, sondern eine politische Lösung erarbeiten — so berichten es seine engsten Berater, wie Arthur M. Schlesinger. Aber wenige Wochen nach dem Sturze Diems war Kennedy tot. Und Johnson hat entgegen seinen klaren Wahlversprechen den Konflikt in weltgefährdender Art ausgeweitet. War er zu schwach gegenüber Militärs und Vertretern vordergründiger wirtschaftlicher Interessen? Hatte er Angst, es könnte ihn dasselbe Schicksal erreichen wie seinen Vorgänger, wenn er dessen Entspannungspolitik fortsetze? Wir wissen es nicht.

Aber wir wissen: Im Zeitpunkt der Ermordung Kennedys waren in Südvietnam etwas über zehntausend militärische Berater; in ganz Südostasien waren höchstens 50 000 amerikanische Truppen stationiert. Heute sind es (die in Thailand usw. stationierten Einheiten mit eingerechnet) rund 500 000. Das ist eine Verzehnfachung des Einsatzes. Aus einer fast nur symbolischen Militärhilfe an ein Regime, das allerdings niemals einen Rückhalt im vietnamesischen Volke hatte, ist eine militärische Fremdherr-

schaft von mehr als kolonialistischem Ausmass geworden. Aber zur Eskalation gehören auch die Aufnahme der Bombardierungen auf Nordvietnam und die Anwendung und Erprobung biologischer und chemischer Kampfmittel. Der Vietnamkrieg ist — unter Missachtung aller völkerrechtlichen Normen, etwa der Genfer Konventionen — zum «totalen Krieg» geworden.

Und die Vereinigten Staaten, die noch in der Aera Kennedy die Entspannung zu fördern schienen, wurden durch diesen massiven Kampfeinsatz auf fremdem Territorium zu der Macht, die heute den Weltfrieden am meisten gefährdet — mehr noch als die Volksrepublik China. Deren Engagement in Vietnam ist gering, und sie ist durch ihre innern Spannungen zur Zeit auch zu sehr absorbiert, als dass sie massiv in den Vietnamkrieg eingreifen könnte — es sei denn, einer ihrer Führer wolle durch einen Krieg nach aussen die Schwierigkeiten im Innern ausschalten. Diese Gefahr besteht (die Taktik ist im Laufe der Geschichte oft angewandt worden, von römischen Kaisern, französischen Königen und andern). Auch darum ist jeder Tag, den der Vietnamkrieg weiterdauert, jeder weitere Schritt der Eskalation ein unverantwortbares Spiel mit dem Feuer des Weltbrandes.

Was ist zu tun? Was können wir tun?

Wir können alles tun, was an humanitärer Hilfe an das heimgesuchte Volk von Vietnam — zu beiden Seiten der Demarkationslinie — möglich ist. Und es ist mehr möglich, als bisher geleistet wurde.

Wir können alles tun, was zur rückhaltlosen Information beiträgt, was der Welt die Augen auftut über das wahre Gesicht dieses grauenvollen Krieges. Es ist hierin, nicht zuletzt dank der Aufrüttelung der öffentlichen Meinung durch die eingangs erwähnten Erklärungen, im Laufe der letzten fünfviertel Jahre einiges besser geworden. Nachdem nun auch amerikanische Journalisten direkt aus Nordvietnam berichten und die beschönigenden Armee-Kommentare Lügen strafen, beginnt sich endlich eine sachliche, differenzierte, wahrhaftige Aufklärung durchzusetzen — mühsam genug und immer noch behindert durch wirtschaftliche Interessen.

Wir können unsere Stimme vor der Weltöffentlichkeit in dem Sinn in die Waagschale werfen, dass wir die Vorschläge für eine Friedenskonferenz und eine Einstellung der Feindseligkeiten, überhaupt die politischen Leitvorstellungen, wie sie UNO-Generalsekretär U Thant, aber auch der Papst oder amerikanische Politiker wie die Senatoren Fulbright und Mansfield vorlegen, unterstützen und, soweit es irgend in den Möglichkeiten eines neutralen Kleinstaates liegt, fördern. Dem Wunsche nach einer aktiveren Neutralitätspolitik, den vorhin Nationalrat Schütz ausgesprochen hat, schliesse ich mich gerne an. Und wir können schliesslich — um nochmals an das Wort von Albert Camus zu erinnern — nicht müde werden im Streben, «nach bestem Können für die zu sprechen, die es nicht vermögen»: die vietnamesischen Reisbauern zum Beispiel.